

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßwaren- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltiger Zeile 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

Der Erfolg unserer Hausagitation.

Die Frühjahrstagung in den Bäckereien brachte einen gewaltigen Erfolg. Es konnten durch die rührige Tätigkeit der Verbandsfunktionäre

112 Mitkämpfer für die Organisation gewonnen werden.

Das ist der beste Beweis, daß wir marschieren und nicht allen Schikanen, die uns vom Unternehmertum und von Behörden in den Weg gelegt werden, die uns noch fernliegenden Kollegen an die Idee der Organisation festhalten können.

Die nachfolgende Aufstellung gibt uns ein Bild, mit welchem Erfolg in den einzelnen Bezirken gearbeitet werden konnte.

Bezirk	Zunahme	Bezirk	Zunahme
Danzig	17	Essen	24
Breslau	34	Hamburg	8
Görlitz	21	Köln	30
Berlin	99	Köln	60
Magdeburg	39	Frankfurt	85
Hannover	41	Wiesbaden	48
Hamburg	98	Mannheim	31
Kiel	57	Stettin	20
Bremen	38	Straßburg	20
Leipzig	76	Hildesheim	13
Schwabm.	65	Nürnberg	44
Dresden	5	München	42
Halle	22		

Diese Aufstellung ergibt, daß in allen Bezirken das Mögliche getan wurde, um die Hausagitation zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Was aber diesmal gelungen ist, das muß auch bei andern allgemeinen Aktionen möglich werden. Es ist daher in allen Zahlstellen Vorbedingung, einen tüchtigen Stamm von Agitatoren heranzubilden, die zu jeder Zeit in der Lage sind, aufklärend unter den uns fernliegenden Kollegen wirken zu können. Die Hausagitation muß in allen Zahlstellen zu einer gründlichen Einrichtung werden. Man sollte daher nicht warten, bis vom Verbandsvorstand sie angeordnet wird, sondern von Zeit zu Zeit in den Mitgliederbesammlungen diesbezügliche Beschlüsse durchzuführen.

Durch die Ausbreitung der Organisation kann man fast in allen Städten wahrnehmen, daß die unorganisierten Kollegen sehr selten in die Versammlungen kommen. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als diese Kollegen an den Arbeitsstellen oder in ihren Wohnungen aufzusuchen, um sie von der Notwendigkeit des Anschlusses an die gewerkschaftliche Organisation überzeugen zu können. Und wie der Abschluß unserer diesjährigen Frühjahrstagung zeigt, müssen auch dann bei einer solchen Aufklärungsarbeit überall Erfolge eintreten.

Mit der Gewinnung dieser großen Anzahl von neuen Mitgliedern ist aber die Arbeit in den Zahlstellen noch nicht zum Abschluß gekommen. Nun heißt es, die einzelnen Kameraden zu überzeugten Kämpfern für die Organisation zu erziehen. Mit Papierkollaten, die nur die Beiträge besorgen, aber kein Interesse an dem Versammlungsleben an der Zeit legen, ist uns bei den immer schärferen Formen drohenden Lohnkämpfen nicht gedient. Diese, wie alle Mitglieder müssen zu Mitgliedern, die sich ihrer Klassenlage bewußt sind, erzogen werden. Mit der Erziehungsarbeit müssen die Beitragsinkassierer betraut werden. Die fernliegenden Kollegen, welche in engerer Fühlung mit den Verbandsmitgliedern stehen, sind am ersten geeignet, es sich selbst auf die Reineingetretenen einzuwirken. Sie sind in der Lage, die Kollegen für das Versammlungsleben zu interessieren, in diesen und jenen Fragen Auskunft zu erteilen.

Die Erziehung der Mitglieder zu überzeugten Klassenkämpfern ist das Fundament, auf welchem sich eine Organisation unabweisbar erweitern kann. Dann können die schwierigsten Probleme gelöst und zu jeder Zeit die wirtschaftlichen Kämpfe mit Erfolg ausgefochten werden. Wo aber diese Arbeit vernachlässigt wurde, dort steht die Kollegenchaft dem Unternehmertum machtlos gegenüber.

Die gegenwärtige Zeit ist ein geeigneter Zeitpunkt für die Aufklärung unter den Mitgliedern. Jetzt können jedem recht deutlich die Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vor Augen geführt werden. Die Aufkommen von Not und Elend, durch die Wirtschaftskrise hervorgerufen, sind doch Momente, die den gleichgültigsten Menschen die Augen öffnen müssen. Darunter müssen doch die Unorganisierten am allermeisten leiden; auf sie wirkt die Krise viel niedererschmetternder als auf die Verbandsmitglieder, die in ihrer Organisation zu jeder Zeit einen Schutzwall finden. Die Verbandsmitglieder haben sich durch ihre Unterstützungseinstellung gegen die hereinbrichende Not vor dem Schlimmsten geschützt. Sie haben sich auch durch die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eine Position geschaffen, die ihnen nicht mehr nach Willkür genommen werden kann.

Für die Zahlstellenleitungen tritt nunmehr die Aufgabe heran, die neugewonnenen Mitkämpfer als überzeugte Mitglieder der Organisation zu erhalten. Nur dann wird der durch die Hausagitation erreichte Erfolg für die Gesamtorganisation Nutzen bringen, nur dann werden die Verbandskollegen durch den Zustrom gewinnen können! Es darf nicht vorkommen, daß die gewonnenen Mitglieder der Organisation wieder den Händen verloren aus dieser oder jener nichttragenden Gründen. Unsere Aufgabe muß sein, sie der Organisation zu erhalten, sie zu Kernetzen unserer Bewegung zu erziehen, und dann werden sich recht bald die Erfolge der Hausagitation in der materiellen Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bemerkbar machen.

Eine Auseinandersetzung über das Koalitionsrecht.

Tagung der Gesellschaft für Soziale Reformen.

Die Gesellschaft für Soziale Reformen hielt am 9. Mai in Berlin eine außerordentliche Tagung ab, die einberufen war, um sich mit Angelegenheiten zu befassen und um erneut in der Öffentlichkeit die Notwendigkeit der Fortführung der Sozialpolitik zu zeigen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand der Punkt:

Das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten.

Es kam dabei zu lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Professor Hans Delbrück-Berlin, der rücksichtslos die Anschauungen vertrat. Der Referent, Professor Dr. Kessler-Jena machte sehr fortschrittliche Ausführungen, denen man sich zum größten Teil anschließen kann. Die Verhandlungen sind aber auch besonders dadurch bemerkenswert, weil mit Ausnahme von Delbrück fast alle Redner die gelben Stumpfpflanzen sehr scharf und treffend charakterisierten.

Der Referent bewies eingangs, daß eine sozialpolitische Minderheit festzustellen sei. Nur ein Gebiet sei von dieser Minderheit nicht berührt: das Koalitionsrecht. Für Gegenteil, sagte der Redner, hier herrscht die größte Lebhaftigkeit, und zwar auf beiden Seiten, die mehr das Hemmende, das Zurückhaltende charakterisieren. Auf der einen Seite ruft man nach mehr Freiheit, auf der anderen will man eine Einschränkung des Koalitionsrechts. Dabei denkt man aber nur an das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten. Von dem Koalitionsrecht der Unternehmer spricht man nicht, an deren Koalitionszwang denkt niemand. Das Verhalten von Justiz und Verwaltung gegenüber diesem Koalitionszwang ist ein anderes als bei den Arbeitern und Angestellten.

Die rechtliche Basis des Koalitionsrechts ist veraltet. Die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung sind seit ihrer Schaffung, 1869, nicht geändert worden, obwohl sie einen Charakter tragen. Gewaltige Änderungen im Wirtschaftsleben haben sich vollzogen, ohne daß sich das Koalitionsrecht mitentwickelt hätte. Für mehrere Arbeitergruppen, wie Landarbeiter, das Gesinde, fehlt das Koalitionsrecht noch. Heute umfassen die deutschen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten 3 bis 4 Millionen Mitglieder, sie sind weit über die Grenze Deutschlands

hinaus vorbildlich gemorden. Die Gewerkschaften sind unermüdet tätig in der Erziehung, auch der staatsbürgerlichen, ihrer Mitglieder, sie haben die deutschen Arbeiter vor dem Syndikalismus, vor dem Unfug der Sabotage bewahrt; sie haben das beste Tarifwesen der Welt; sie haben eine Organisations- und Kulturarbeit ersten Ranges geleistet. Und trotzdem stehen sie rechtlich in der Luft, schlechter als jeder kleine Vermögensverein. Sie werden von der Rechtsprechung hart angefaßt; man versucht, sie unter den Erpressungsparagrafen zu bringen, sie werden schikaniert und von mächtigen Unternehmerverbänden verfolgt. Die Gewerkschaften werden in ihrer Arbeit gehindert durch Gründung von gelben Vereinen. Angesichts dieser Zustände, dieser traurigen Stellung, die sie in der Rechtsprechung und Verwaltung und gegenüber den Unternehmern haben, sollte man sich nicht wundern, wenn radikale Töne angeflötet werden und die Mitglieder in einzelnen Fällen Ergeße begehen, die die Führer nicht billigen. Diese Behinderung ist gegen die Interessen des Staates und der Industrie.

Dr. Kessler erhebt in seinen weiteren Ausführungen die Forderung nach einem einheitlichen Arbeitsrecht, dem das Koalitionsrecht ein Fundament sein müsse. Er hat dann auf den Vorwurf des Terrorismus, der den Gewerkschaften gemacht wird, zu sprechen. Wo organisiert wird, sagte er, wird immer etwas gepreßt und gezwungen. Es gibt keine Organisation, die nicht den Löhnen und Gleichgültigen etwas deutlich kommen muß. Die Mittel des Organisationszwanges im Gewerkschaftsleben sind Kinderstücke gegenüber den Mitteln der Kasse. (Sehr richtig!) Und besteht nicht auch beim Militär ein gewisser Zwang und Druck?

Reicht der § 153 der Gewerbeordnung heute aus, soll er erweitert oder beseitigt werden? Er hat einen Unschmeißcharakter. Er stellt jede Nötigung für die Stärkung der Organisation unter Gefängnisstrafe. Wenn aber diese Mittel, Drohung, körperlicher Zwang, Verurteilung, zur Schwächung der Organisation angewendet werden, sind nicht strafbar. Der § 153 läßt sich strafrechtlich auf die Dauer nicht halten, die ganze Materie gehört ins Strafgesetzbuch, unter den Nötigungsparagrafen 240, der freilich etwas zu eng ist.

Es fehlt uns ein gesetzlich gewährleitetes Koalitionsrecht. Kein Unternehmer kann gehindert werden, Koalitierte zu entlassen, oder auszuspüren, welche Mitglieder einer bestimmten Organisation nicht sind. Es fehlt ein Rechtsanspruch auf die Koalition. Darum ist auch der Koalitionszwang in einzelnen Betrieben schädlich. Man darf sich koalieren, hat aber keinen gesetzlichen Schutz. Heute, wo jeder erstarrte Mensch in einem Berufsverband ist, paßt dies nicht mehr, heute dürfte das Koalitionsrecht nicht mehr gehindert werden. — Der Referent wies nun nach, wie zahlreiche Firmen das Koalitionsrecht der Angestellten unterbinden, indem sie Mitglieder einer bestimmten Organisation nicht einstellen usw. Er schildert einen Fall, in dem sich ein Angestellter bei einer Konventionstarife von 1000 verpflichtet hatte, ein Jahr nach seinem Austritt aus der Firma der Organisation nicht anzugehören. Die Angriffe auf das Koalitionsrecht der Kaufleute und Techniker seien besonders sehr häufig. Gibt es Wege gegen diese koalitionsfeindlichen Bestrebungen einzuschreiten? Nach dem Staatsanwalt zu rufen, ist bei den heutigen Rechtsverhältnissen unmöglich. Wir müssen aber an das öffentliche Gewissen appellieren, auf eine positive Rechtsbesserung, auf ein wirkliches Koalitionsrecht hinzuwirken. Wichtiger scheint mir freilich die positive Gewährung der bürgerlichen Rechtsfreiheit, eine bewährte Umwandlung der Anschauungen über das Arbeitsverhältnis. Die Freiheit der Persönlichkeit muß unabhängig von der Rechtsbildung sein. Der Begriff des Frachtrechts muß verschwinden! (Lebhafter Beifall.) Das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter ist ein rein wirtschaftliches, geschäftliches, genau wie das Verhältnis des Wohnungsmieters und des Vermieters. Daraus darf dieses Verhältnis nicht zur Abhängigkeit führen, die außerhalb der Geschäfte liegt. Die persönliche, politische und religiöse Freiheit des Arbeiters und Angestellten ist zu achten. Diese Forderung ist nicht durchzuführen durch die Gesetzgebung, sondern durch die Erziehung des sittlichen Bewußtseins der Gesellschaft. (Zustimmung.) Auch der Unternehmer muß sich darüber klar werden, daß er die Arbeitskraft kauft und nicht die Gestalt

die Meinung erweist werden, als wären die Münchener... die Gelegenheiten wollten sie die Angelegenheit... ausüben, und obwohl der Referent, Herr katholischer... selbst ausführte, daß unter einer... Organisation die Gehilfen erst... waren, versuchte man überall, den... als Märtyrer hinzustellen, um damit für sich... können. Während unsere Organisation im... und Winter durch den Kleinrieg die alten Positionen... wieder neu eroberte, rührte sich aber bei den Christen... niemand.

Statt ihre abgeschlossenen Tarife zu verteidigen, ver... hand man sich bei der Innungskrankenkassenwahl mit den... Streikverbrechern und den Hinbegardisten; sie ver... suchten sich bei den Vätermeistern anzubiedern, und wohl... nicht umsonst haben die Meister aus einer Gruppe von sechs... Vertretern des christlichen Mißmachers den Vorsitzenden... des Kassenausschusses gewählt. Ob man das nicht Verrat... von Arbeiterinteressen nennen soll? Bei einer solchen... Vertretung von Gehilfeninteressen hörte man von den... katholischen Zentrumschristen nichts mehr bis zum Früh... jahr. Als unsere Organisation neuerdings die Forderungen... einreichte, da auf einmal hörte man auch von den... Überflüssigen wieder. In einer riesig (?) stark besuchten... Versammlung von 50 Männchen beschloßen sie, einen... eigenen Tarif aufzustellen und mittels „eigener... Kraft“ durchzusetzen. Ein Zusammengehen mit... dem freien Verbands sei diesmal ausgeschlossen, erklärte... man kurz und bündig.

Als die Bäderinnung an ihren Forderungen ebenso... wenig Gefallen fand und sie vom Obermeister Schöfer am... Gewerbegericht eine lange Rede gedreht bekamen, flehte... man um Gnade und versprach so zweiseitig, auch feruer... recht brav zu bleiben. Schon damals wollten die... Christen die Bewegung abbrechen, um sich als lieb Kind... zu zeigen, denn es war ja kein Geld da; man hatte ja die... Verbindlichkeiten bei dem Buchdrucker vom Jahre 1913 her... noch zu regeln. Was dann die Christen bei dieser Bewe... gung alles leisteten, grenzt geradezu an Fälschung. Man... schrieb in den Zeitungen von sehr stark besuchten Versamm... lungen, obwohl eine nur von 38 Kollegen besucht war. Und... am Schlusse erlaubten sich die scheinheiligen Heuchler, zu... schreiben, wir hätten mit ihnen nicht Zählung genommen. Eine... Dreißigkeit sondergleichen. Zu verlangen, daß die... größtmögliche Gewerkschaft die kleinere bitten soll, mit... machen zu dürfen! Da werden sie allerdings noch lange... warten können, das müssen wir ihnen heute schon ver... raten, und wenn sie gelegentlich immer wieder um drei... Malenlängen hinter uns einherhinken, wie ein lahmmer... Dreißigengaul.

Schneller natürlich waren sie mit dem Abbruch der Be... wegung bei der Hand. Selbstverständlich ging es wieder... nicht, ohne uns zu verdächtigen, indem sie in ihrer Ent... schließung davon schreiben, daß sie an dem jetzigen Zustand... keine Schuld trifft. Wenn sie schon keine Schuld treffen... soll, dann mögen die Herren uns aber gefälligst einmal... zeigen, welche Vorschläge sie gemacht oder was sie getan... haben, damit wir nicht in die Situation hineingeraten... wären. Dem Neuen gibt man nichts, sagt ein... altes Sprichwort, und dieses möchten sich auch die Draht... zieher der Christen einmal merken.

Sie sprechen auch von der ganzen Kraft, die sie... später anwenden wollen, zur Durchführung der jetztigen... Arbeitswoche. Bisher haben sie ihre Kraft meistens zur... Zerstückelung der Arbeiterkraft verwendet, insofern man... überhaupt von einer Kraft reden kann. In München... haben sie eine solche noch nie entwickelt, noch nie entwickeln... können, weil sie stets nur versuchten, Liebkind bei den... Meistern zu sein. Ihr Müßiggang war bisher schon dem... Augenbuckel ähnlich und wird es auch bleiben, trotz allen... Reuebekenntnis. Die Meinung der Söhner und Förderer... der christlichen Gewerkschaften war ja von jeher, daß sie... nicht wegen der sozialen Bedürfnisse ihrer Mitglieder da... seien, sondern lediglich nur, um die rote Flur... aufzuhalten. Dieses Prinzip hat man auch seit Grün... dung der christlichen Gewerkschaften hochgehalten, und wer... etwas anderes von ihnen bisher gehofft hat, der hat das... wahre Wesen der Christen noch nie erkannt. Bei ihnen... heißt es, wie bei der Kirche, richtet euch nicht nach... meinen Werken, sondern nach meinen Worten. Niemand versteht das Reden und Schreiben besser... als die echten Christen. Haben sie irgendwo Dreck am... Stecken, so versuchen sie durch weisheitsvolle Schreibe... reien die Tugendhaftigkeit von der Sache abzulenken und sich selbst... etwas vorzutun. Man muß sich nur wundern über... solche Fertigkeiten; dabei ist jedoch bedauerlich, daß ihnen... immer noch Leichtgläubige nachlaufen, nur auf ihr großes... Maul sehen und sich um ihre Taten nicht kümmern. Um... ihre eigene Schamacht und Blöße zu verdecken, ist ihnen kein... Mittel zu schiefel. Mit einem Wort gesagt, sie sind es nicht... wert, daß man sich mit ihnen beschäftigt, wenn es nicht... unbedingt nötig ist. Von Zeit zu Zeit schadet es jedoch... nicht, ihr Sündenregister aufzuziehen, was wir hiermit tun... wollen, zur Orientierung unserer Mitglieder.

Was will die Gewerkschaft?

Was die Gewerkschaft will?

Du fragst noch lange, während Not und Kummer
An niedern Hütten poßten und den Schlummer
Der Armen und Enterteten höhnend stören,
An bleichen Wangen unerfätlich zehren,
Und Geiz und Niedertracht mit scharfen Geißeln
In mag're Rücken blut'ge Striemen meißeln —
Du fragst noch lange?

Was die Gewerkschaft will?

Ja, geht es dir nicht schlecht? Kannst du alleine
Aus eig'ner Kraft dir helfen? Nein, ich meine:
Dazu gehört Zusammenschluß der Massen,
Ein Band, das kräftig muß umfassen
Zu einem handl'gen festem Willen!
Nur dann wirst du Sehnen sich erfüllen!

Was die Gewerkschaft will?

Ja, ist dein Lohn denn gut? Und wird dein Leben
Nicht täglich mehr verteuert, daß das Streben
Nach besserem Lohn berechtigt ist und nötig?
Hier hilft nur der Verband! Er ist erbötig,
Mit weiser Vorsicht, aber scharfen Waffen
Für unsre Brüder bessern Lohn zu schaffen!

Was die Gewerkschaft will?

Die Arbeitszeit ist lang. Bei Tag und Nacht
Schafft der Prolet in Werkstatt und im Schacht,
Am Bau, in der Fabrik, an heißer Esse;
Am Stutenherd, in Eisdunst und in Hitze
Schafft er und formt des Lebens reiche Schätze
In ewiger und ungewisser Heße

Was die Gewerkschaft will?

Die Arbeitszeit, zu lang, will sie verkürzen,
Die tierisch lange Feone will sie stürzen,
Sie will, daß all die fleißigen Arbeitsbienen
Dem Mammon niemals täglich länger dienen
Als menschlich nötig! Das ist unser Streben!
Verkürzte Arbeitszeit verlängert uns das
Leben!

Was die Gewerkschaft will?

Begreife doch, daß unschätzbare Werte
Verkürzte Arbeitszeit enthält: die schöne Erde,
In voller Pracht lagst sie dir zu und winkt
Dem Heer der Arbeit, und es singt und klingt
Im Baum, in Büschen, in der Feldern, hecken —
Die Schönheit der Natur sollst du entdecken!

Was die Gewerkschaft will?

Verkürzte Arbeitszeit! Ja, auch der Proletar
Soll sich erfreuen dieser Welt! Die große Schar
Des Arbeitsvolkes soll sich froh erquicken,
Soll reine Luft genießen, mit Entzücken
Erfassen die Natur! Gebot der Menschlichkeit
— Nichts weiter — ist der Satz: Dem Volk mehr Zeit!

Was die Gewerkschaft will?

Mehr Zeit! Mehr freie Zeit dem Volke,
Daß es sich unbehindert aus der trüben Wolke
Unwürdiger Geistesknutschschaft kann erheben
Zu klarer Wissenschaft, zu reinem Leben!
Deshalb mehr Zeit, mehr freie Zeit herbei!
Mehr Wissen ist mehr Bildung! Bildung
macht uns frei!

Was die Gewerkschaft will?

Im Klassenstaat mit zwingender Gewalt
Nahst sich des Lebens Not in mancherlei Gestalt
Dem Volk der Arbeit. Hier hilft der Verband!
Er reißt mit Brudersinn dem Darbenden die Hand
Und küßt ihn, daß er mutvoll, ohne Grauen
Den Schicksalsnöten kann entgegenstehen!

Was die Gewerkschaft will?

Das höchste Gut des Arbeitsmannes sei
Sein Selbstbewußtsein! Keine Kriecherei
Vor denen, die auf Mammonschätzen sitzen!
Die Solidarität soll Stärken dich, beschützen,
Dir zeigen, daß du, ewig, nicht mehr schwach bist,
Dein Recht zu fordern immer auf der Wacht bist!

Was die Gewerkschaft will?

Mehr Menschentum! Nichts mehr von Sklaverei!
Auf Erden einen freien Donnemai
Des Friedens, Wohlfuns und der Götterlust,
Daß jeder atme frei aus voller Brust,
Daß jedermann an jedem Tag aufs neue
Sich dieser schönen Erde voll erfreue!

Was die Gewerkschaft will?

Stag' nicht mehr lang! Nur unsre Einigkeit
führt uns entgegen einer bessern Zeit!
Vereinigt nur hat das Proletariat die Stärke,
Die es gebraucht, um bei dem großen Werke
Der Volksbefreiung nicht zu unterliegen!
Durch Einigkeit zur Kraft! Die Kraft wird
siegen!

Was die Gewerkschaft will?

Drum vorwärts! Zur Gewerkschaft ohne Wanken!
Frisch auf zur Tat! Laßt uns nicht länger schwanken!
Ein Volk, ein Herz, ein Sinn, vereintes Streben!
Es gilt der Arbeit Freiheit, gilt dem Leben!
Das große Werk, es soll und muß gelingen!
Vereinte Kraft wird uns die Freiheit bringen!

und im März 1913 6,4 pZt. Diese Ziffern stimmen mit... den Feststellungen aus der Arbeitsnachweisstatistik überein;
gegen den Vormonat ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen,
ohne jedoch den günstigen Stand des vorjährigen März zu
erreichen.

Die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit im Laufe des
Quartals kommt in der Verhältniszahl der Fälle von Ar-
beitslosigkeit zum Ausdruck. In der Berichtsperiode betrug
diese Ziffer 12,0 pZt. Sie hat damit einen Stand erreicht,
der nur vom ersten Vierteljahr 1909 überboten wird, damals
betrug die Verhältniszahl 12,7. Von den 49 Verbänden
überstiegen 18 mit 554 864 Mitgliedern diesen Durchschnitt.
Die Glaser hatten 54,2 pZt. Arbeitslosenfälle, die Töpfer
48,7 pZt., die Bildhauer 46,3 pZt. Unser Verband steht an
elfter Stelle mit 19,6 pZt. Arbeitslosenfällen gegen 18,9 pZt.
im ersten Vierteljahr 1913 und 20,2 pZt. im vierten
Quartal 1913.

Auf 100 Mitgliedertage kamen in unserm Verband
4,9 Arbeitslosentage gegen 4,5 im Vorjahr; die durch-
schnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 22 Tage (im
Vorjahre 21 Tage). Die Zahl unserer Arbeitslosen am Orte
zu Ende März belief sich auf 1859, davon waren 64 weib-
liche Personen. Arbeitslosenunterstützung erhielten im
Laufe des Quartals 1819 Verbandsmitglieder im Gesamt-
betrage von M 39 323; Reiseunterstützung wurde an 224 Mit-
glieder bezahlt in Höhe von M 1443.

Die Unterstützungstage und die Unterstützungssummen der
49 Verbände waren: Unterstützungstage am Orte 2 902 578,
auf der Reise 141 321; Unterstützungsbeträge am Orte
M 4 052 967, an Reisende M 161 890. Die Zahl der Unter-
stützungstage wie der Unterstützungssummen wird durch den
ständigen Wechsel der berichtenden Verbände beeinflusst;
Vergleiche mit der Erhebung im Vorjahr für die gleichen
Verbände ergeben, daß im Berichtsvierteljahr M 1 389 235
mehr an Unterstützung bezahlt wurden als im gleichen
Vierteljahr 1913. Die durchschnittliche Unterstützungssum-
me, berechnet auf den Kopf der am Orte unterstützten
Personen, beträgt bei den gleichen Verbänden M 27,72 gegen
M 23,83 im Vorjahre. Die gegensätzliche Wirkung der Ge-
werkschaften für die Arbeitslosen bedarf bei solchen Ziffern
keiner Kommentierung.

Aus dem Reichstage.

Die ersten Tage der Berichtswache wurden noch durch
die Debatten über den Militäretat ausgefüllt. Die Ge-
nossen Thöne und Albrecht, später noch Buchner und andere
brachten die Wünsche der Arbeiter in den Militärwer-
kstätten und eine Reihe Mängel in den Bekleidungsämtern
zur Sprache. Zustimmung im ganzen Hause und selbst bei
den Regierungsvertretern fand eine Anregung des Genossen
Schulz, für jede Kaserne eine gut ausgewählte Bibliothek
einzurichten. Genosse Dr. Karl Liebknecht legte noch ein-
mal das gemeinsame Treiben der Rüstungsfabrikan-
ten dar, was ihm von dem empfindlichen Präsidium gleich
drei Ordnungsrufe und von den Vertretern der Heeres-
verwaltung hochfahrende Erwidrerungen einbrachte. Beim
Militär und allem, was drum und dran hängt, ist natürlich
nichts alles in bester Ordnung. Erzberger vom Zentrum
und der Reichsparteiler Schulz sekundierten außerdem den
Herzen aus heile. Liebknecht konnte den lächerlichen Vor-
wurf, daß er durch seine scharfen Kritiken die Interessen
der deutschen Industrie schädige, durch den Hinweis ent-
kräften, daß Krupp im Jahre 1913 nicht weniger als
63 Millionen Mark Reinertrag machte.

Dem Militärstat folgte die zweite Beratung des Etats
der Schutzgebiete. Hierbei entspann sich die Hauptdebatte
über den Plan der Kolonialverwaltung, die Dualaneger,
ein schon ziemlich von der europäischen Kultur befehdeter
Stamm, ihres bisherigen Wohngebietes zu enteignen, weil
die weiße Ansiedlung zu groß geworden ist und die Schwar-
zen mit ihren Behauptungen doch immer in respektvoller
Entfernung bleiben sollen. Die Duala wollen aber, was
man ihnen nicht verdenken kann, ihre bisherigen Gesilde
nicht so ohne weiteres verlassen oder, wenn schon, so wollen
sie entsprechend entschädigt werden. Einzelne sollen dabei
auch auf eine reichliche Entschädigung spekulieren. Sie
haben eben schon eine solche Praxis von den Weissen ge-
lernt. Ihr Wohngebiet liegt gegenwärtig für ihren Erwerb
sehr günstig am Wasser, und dort, wo man sie zwangsweise
hinschieben will, haben sie ohne Zweifel in jeder Weise
schlechtere Ergänzungsbedingungen. Da kann man es also
verstehen, wenn sie sich wehren und alle Mittel anwenden,
um auf ihrem Besitztum zu bleiben. Die Regierung sagt
freilich zum Reichstag, die Duala sind freche Spekulanten
und eigentlich schon vermögende Leute, denn sie haben jetzt
sogar recht schnell M. 8000 aufgebracht, um sich in Berlin
einen Reichsbesitz zu nehmen. Das wird ihnen auch
als Verbrechen angerechnet. Und spekulieren? Ihre
Grundstücke liegen doch nicht in Berlin W. — Dort aller-
dings sind die Spekulanten geachtete Leute. Man will sie
also möglichst kostenlos abschleppen, und das Ende vom Liede
war wirklich, daß die Mehrheit des Reichstages den An-
sicherungen der Regierung Rechnung trug. Der von Hans
und Hof verteidigten Reger nahmen sich nur die Sozial-
demokraten in voller Ehrlichkeit an, und selbst bürgerliche
Abgeordnete, die das zu begehende Unrecht erkannten,
stimmten zu, weil angeblich sonst das Ansehen der Weissen
großen Schaden leiden könnte. Die Kolonialverwaltung
hat nämlich ihre Maßnahmen drüben längst wirkungsvoll
eingeleitet und soll nun nicht bloßgestellt werden!

In der zweiten Hälfte der Woche kam der Etat des
Auswärtigen Amtes und der Etat des Reichszustizorgans zur
Verhandlung, wobei also die auswärtige, die sogenannte
„große“ Politik des Reiches erörtert und largiert werden
soll. v. Bethmann-Hollweg war wegen des Todes seiner
Frau nicht erschienen; der Staatssekretär v. Jagow ver-
trat ihn. Aber wenn schon nicht der Deutsche Reichstag im
Gegensatz zu den Parlamenten anderer Länder über alle
Fragen der auswärtigen Politik nur kühnlich unter-
richtet wird — diesmal wurde er ganz besonders tief-
mütterlich behandelt und war nach der Rede v. Jagows so
wenig klug wie zuvor. Während der Balkanwirren sei
durch das einseitige Auftreten des Dreibundes und des
freundlichen Einvernehmens mit den andern Mächten
das Interesse der verbündeten Monarchie Österreich voll-
kommen gewahrt worden, und wir würden auch ferner

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

Die Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit wurde
im ersten Vierteljahr 1914 von 49 Verbänden mit 2 018 890
Mitgliedern ausgeübt. Die Berichterstattung erstreckte sich
jedoch nur auf 1 961 625 Mitglieder. Von diesen waren am
25. März, dem letzten Stichtag des Vierteljahres, arbeitslos
am Orte 1 173, auf der Reise 3055, also zusammen 55 028
Personen, gleich 2,8 vom Hundert des Mitgliederbestandes.
Im März 1913 waren 2,3 pZt. der Mitglieder der berichte-
nden Verbände arbeitslos gewesen; zu Beginn des Quartals
hatten diese Verhältniszahl 4,8. Mit einer Arbeitslosen-
rate von mehr als 3 pZt. erscheinen Ende März d. J.
19 Verbände mit 583 383 Mitgliedern, das sind 42,3 pZt.
der Mitglieder überhaupt, über die berichtet wird. Unter
den Verbänden mit hoher Arbeitslosenziffer steht unser
Verband an sechster Stelle: der Glaser-, Töpfer-, Freier-,
Bauhandwerker- und Bildhauerverband hatten mehr Ar-
beitslose. Der Baderverband weist von seiner Mitglieder-
zahl Arbeitslose nach im März 6,8 pZt., im Februar 7,1 pZt.

für die berechtigten Interessen unserer Bundesgenossen auf dem Balkan eintreten. (Das heißt also, wir sind nach wie vor in der angenehmen Lage, durch die überempfindliche und verworrene Politik Oesterreichs jeden Augenblick in kriegerische Verwicklungen geraten zu können.) In Russland habe jetzt durch gewisse Organe eine Deutschenbegeisterung eingeleitet, es beständen aber in Wirklichkeit zwischen beiden Staaten keine Interessengegensätze, die ein friedliches Nebeneinanderarbeiten hüten müßten. Auch die handelspolitischen Schwierigkeiten würden sich schlichten lassen. Dann sprach v. Jagow noch einige Worte über die unsichere Lage in Mexiko.

Genosse Wendel mußte gleich eingangs der Debatte erklären, daß jeder aufmerksame Zeitungsleser das alles schon längst gewußt habe. Die auswärtige Politik würde in Deutschland noch immer als Geheimwissenschaft betrieben und dem Volke und den Volksvertretern auf sie noch weniger Einfluß eingeräumt, als auf die innere. Die Kabinetts- und Reichstagspolitik spiele mit dem Geschehe der Millionen und die Millionen können dabei ausbaden, was dort beschlossen worden ist. Bei der Erledigung der Balkankrise könne man von einer deutschen Politik überhaupt nicht reden. Ihr Ideal war die Erhaltung des Statusquo, aber erhalten sei nur die Unfähigkeit der Diplomatie geblieben. Für den Balkan sei das Jahr 1913 ebenso weltgeschichtlich revolutionär gewesen, wie für Westeuropa das Jahr 1789. Der Balkan hätte uns nicht verpflichtet, alle Dummheiten Oesterreichs mitzumachen; um des agrarischen Interesses halber habe Oesterreich und Deutschland bald ganz Europa in ein Riesenlandwirtschaftsland verwandelt. Der neugeschaffene Balkanstaat Albanien sei jedenfalls nicht lebensfähig und könnte höchstens einmal einen Keil in den Dreiecksbund treiben. Dann charakterisierte Redner die russische Fremdenpolitik, die durch die Getreidepolitik Rußlands jetzt einen Aufschwung bekommen habe. Er begrüßte ferner, daß eine Entspannung im Verhältnis zu England eingetreten ist und wandte sich schließlich den Beziehungen zu Frankreich zu, die gegenwärtig wieder einmal in Ermangelung eines anderen durch eine Hege gegen die Fremdenlegation geübt würden. Das französische Volk habe aber seinen Friedenswillen energisch durch die letzten Wahlen gezeigt, und auch das arbeitende Volk Deutschlands sei durchdrungen von der Begeisterung für die deutsch-französische Freundschaft. Im Sinne einer solchen heiligen Allianz rufe er dem Frankreich der Arbeit, des Friedenswillens, der Verständigung und der Freundschaft zu: "Vive la France!"

Dieses begeisterte Referat wurde zum Internationales des Friedens erzeugt bei den bürgerlichen Parteien selbstverständlich lebhaftes Wohlwollen. Ihre Redner begrüßten von vornherein das, dem Gedanken einer solchen Verständigung zugrundeliegen, da ja sonst notwendigerweise auch das Arbeitervolk darunter leiden müßte. Nur der übertriebene Chauvinismus (Hör) wandte sich auch lebhafter gegen den Chauvinismus und das Nationalgefühl. Mit großem Recht wies er darauf hin, daß Europa sich nur selber schädige und Amerika davon den wirtschaftlichen Nutzen trage. Genosse Bernheim rief vor allem die Aufmerksamkeit mit der er jagte die auswärtige Politik behandelt; der Reichstag habe das Recht, über die äußere Politik eingehend informiert zu werden.

Bei der Beratung des Etats des Reichsanwalts sprach Genosse Scheidemann mit einem kräftigen Angriffe auf die innere Politik ein. Er begann mit Jäbera und seinen Falschgerichten, die schließlich gar den Herrn v. Dollfus auf den Stuhl der Ehre in Glad-Bad-Bad trugen. Dann kennzeichnete er die Praktiken der Politik in Bezug auf die Handhabung des Verordnungsrechtes, die Verhinderung der Gewerkschaften, den Kampf gegen die Streikbewegung, gegen die Volkshilfe usw. — fargen gegen den ganzen brennenden Kampf, den die Regierung den Forderungen der Arbeiterklasse entgegensetzt. Scheidemanns Ausführungen klangen in einer ungewöhnlichen Reizhaftigkeit gegen die bürgerliche Gesellschaft aus. Er sprach auch einige Zusammenhänge mit dem Präsidenten Kautz, dem er unter dieserlei Zusammenhang deutlich zu verstehen gab, daß sogar früher der Präsidentenwahl Kautz als Kandidat leichter handelte als dieser "Kautz". Dr. Spahn vom Zentrum sprach im Interesse der christlichen Gewerkschaften sich ebenfalls gegen die unterirdische Behandlung der wirtschaftlichen Organisationen zu wenden. Schließlich von dem Nationalliberalen fand es genügt, wenn die "Nationalen" des Reichstagsrats auf dem Boden des gemeinsamen Rechts belassen würden.

Der Staatssekretär Dr. Delbrück wollte die Angriffe Scheidemanns bestrafen und verlegen, daß eine allgemeine Verurteilung in der Frage der Verordnungsgebung der Gewerkschaften nach gar nicht eingetreten sei, und wenn sie und wieder so verfahren würde, so wäre die Gewerkschaften selber daran schuld. Sie sollten sich eben dem Politik verhalten. Daß aber die Organisationen der Arbeiterklasse auf jedem Schritt Politik treiben, das ermahnte er nicht. Dr. Scheidemann sprach zum Schluß noch einmal die Intention der Arbeiter heraus, die hier über die politischen und gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten haben, und ermahnte um die Verurteilung, die in der Reichstags-Verordnung als Staatssekretär in Bezug auf die Handhabung des Verordnungsrechtes gemacht hat. Die letzte Redebehandlung und auch der allgemeine Eindruck der Tagespolitik wurde aber von Dr. Engelhardt von der sozialistischen Bewegung verwickelt.

stimmt. Kollege Reiter wird seinen Posten am 1. Juli d. J. antreten.

Den Bewerbern um diesen Posten besten Dank für ihre Mühe.

Der Jahrsstelle Kiel wird auf ihren Antrag die Genehmigung erteilt, daß sie von den Mitgliedern pro Woche 5 1/2 Extrabeitrag erheben kann. Der Einheitsbeitrag beträgt also ab 1. Juni 1914 in Kiel 65, 80 und 105 1/2.

Der Jahrsstelle Jena wurde auf ihren Antrag die Genehmigung zur Erhebung von 5 1/2 Extrabeitrag pro Mitglied und Woche erteilt. Der Einheitsbeitrag beträgt also in Jena ab 1. Juni 1914 65, 80 und 106 1/2.

Auf Antrag der Jahrsstelle Jena wurde Gustav Rühig (Buch-Nr. 40319) aus dem Verbands ausgeschlossen.

Der Verbandsvorstand.
F. A. O. Allmann, Vorsitzender.

Vom 10. bis zum 16. Mai gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

- Für April: Linsburg 131,33, Apolda 66,16, Rudolstadt 61,47, Suhl 134,35, Düsselndorf 320,90, Traunstein 69,30, Grimnitzsch 69,31, Striegau 57,25, Chemnitz 512,97, Reichenfels 72,15, Reichen 59,35, Jhehoe 41,97, Hof 74,05, Sagan-Soran 88,30, Jena 141,40, München 2972,73, Gießen 70,65, Splingen 41,35, Freiburg 142,55, Wiesfeld 376,53, Zeitz 239,61, Stendal 48,31, Lüneburg 53, Osnabrück 72,20, Homburg v. d. H. 43,90, Stammischweg 355,04, Harburg 228,46, Mannheim 663,21, Kaiserlautern 53,95, Meuselwitz 72,93, Kiel 717,97, Dortmund 293,12, Breslau 513,09, Bad Reichenhall 83,72, Altenburg 91,44, Hagen 52,80, Sonneberg 102,25, Rostheim 267,58, Bremerhaven 327,94, Rüstingen 180,90, Schmalko 42,65, Plana i. B. 129,15, Hanau 24,85, Regensburg 464,35, Passau 42,08, Stettin 294,73, Balzenburg 98,25, Königsberg 79,35, Jwislau 132,71, Marienbwoitz 42,66, Halberstadt 106,08, Dargitz 258,05, Sömnitz i. Erzg. 144,00, Metzer-Glashütte 55,35, Bernburg 90,39, Jilmannau 103,50, Oldenburg 110,73, Simbach 51,22, Langermünde 52,22, Weiswasser 26,20, Augsburg 115,25, Hadersleben 51,71, Brandenburg 112,04, Lützenich 61,85, Rapprecht 137,54, Frankfurt a. Main 2996,55, Berlin 10 812,53, Straßburg 310,56, Meß 33,17, Schweinfurt 45,57, Rastbach 99,35, Hildesheim 52,58, Bochum 78,15, Rülhausen 147,86, Wiesbaden 404,07, Mainz 319,44, Spremberg 23,65, Schwerin 70, Neumünster 13,85.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: H. R. Schlegel 11,80, H. J. Stangard i. Br. 2,50, B. J. Falkenau 2, H. J. Kersch 2,50, H. Sa. Oberweibach 13, H. Sch. Citterdorf 7,50, A. P. Kohn 3,50, G. P. Wismar 40,30, A. G. Nischdorf 1,80.

Für Abonnements und Annoncen: Meissen 1,3, G. P. München 13, P. München 1,50, Ch. R. Kautz 4, Rastbach 3.

Für "Geschichte der Bäcker- und Konditorbewegung": Homburg v. d. H. 1,4.

Mit der Hauptkasse reßieren für April: Friedberg, Leisnig-Döbeln.

Abrechnung ohne Geld gejandt: Rostod, Saubrück, Reichenich, Landsberg, Tormund.

Geld ohne Abrechnung gejandt: Jost.

Der Hauptkassierer, D. Freytag.

Aus den Bezirken.

- Jreiberg i. Br. Die Adresse des Vorstehenden ist jetzt: Kommod. 15.
- Sachsenheim. Die Adresse des Vorstehenden ist: Fr. Kober, Hintere Gasse 53, bei Herrn Feuertochter.
- Meissen i. S. Die Adresse des Vorstehenden ist jetzt: Oskar Frey, Barndorferstr. 26, die des Kassierers: Paul Schmidt, Caplan-Groß-Strasse 7. Unterstützung zahlt der Kassierer von 6 bis 7 Uhr abends aus.
- Weiswasser i. d. S. Die Adresse des Vorstehenden ist: Richard Knoll, Gutenbergstr. 10.

Schubbewegungen und Stricks.

(Die Schubbewegungen über Schichtbewegungen werden erzählt, bei allen Schichtbewegungen über Schichtbewegungen auch die Zahl der daran beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen angegeben.)

Bäcker.

Die Schubbewegung in München. Eine sehr gut bewährte Mitgliederversammlung beschloß am 8. Mai mit dem Stabe der Bewegung, Kollege Gagner erlaubte sich nochmals die einzelnen Phasen derselben und zeigte, daß sich die Arbeiterbewegung als echte Schichtbewegung entpuppt haben. Doch wie das Unschickliche im Parameter nach dem Strigen wieder fällt, so werden wir dies auch in Bezug auf den jetzigen Zustand der Arbeiterbewegung erleben — es ist ja nicht immer einseitig! Da auf gütliche Art eine Verständigung nicht zu erreichen war, aber trotzdem 35 neue Demobilisierungen erfolgt sind, glückte Kollege Gagner den Mitgliedern anzuweisen zu lassen, sich mit dem Erreichten vorläufig zu befriedigen zu geben. Alle an einem eventuellen Boykottkampf auf der ganzen Linie beteiligten Jungmänner haben sich in wiederholten Sitzungen bejahend ausgesprochen, daß die jetzige Zeit nicht dazu angetan ist, einen solchen durchzuführen. Es soll lieber der Zeitpunkt abgewartet werden, in dem das mit hoher Wacht geschrieben kann, und jedenfalls ist er nicht mehr fern. Weiter gab Kollege Gagner der Meinung Ausdruck, daß auch die Arbeiterbewegung den Schichtbewegungen allmählich die Schichtbewegung zu verweigern. Ein Beweis dafür ist, daß in der letzten Versammlung von den 60 in Frage kommenden Meißenern kaum 10 Reim anwesend waren. Es brach sich also auch hier über der Schichtbewegung wieder Bahn, daß ein solches Verhältnis in Bezug auf die Arbeitsbedingungen dem Arbeiter zuwider, wie er jetzt herrscht, vorgegeben ist.

Nach sehr lebhafter Diskussion, an der sich eine große Anzahl Kollegen beteiligten, kam die Ansicht der Mitglieder hauptsächlich dahingehend zum Ausdruck, daß trotz der Krise ein gut vorbereiteter und bis ins kleinste Detail durchgeführter Boykott, den die Meister ihrer Kräfte halber reichlich verdient haben, in diesem Jahre keine Wirkung nicht verfehlt haben würde. Die Gehilfenschaft hätte heuer sicher bei ihrem Vorgehen die Sympathie des lesenden Publikums gefunden. Aber obwohl dennoch viele Argumente für einen Boykottkampf zur jetzigen Zeit sprachen, wurde angesichts der Stellungnahme anderer Kreise noch einem kräftigen Schlußworte der Kollegen Gagner und Biermeier von der Mehrheit der Versammlung — bei einer größeren Zahl von Stimmenthaltungen — folgender Beschluß angenommen:

Die heute, am 6. Mai 1914, tagende geschlossene Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Bäcker- und Konditoren Deutschlands, Jahrsstelle München, beschließt, in Bezug auf den Kampf um den sechsunddreißigstündigen Ruheitag sich mit dem bisher erzielten Resultat (35 Neubewilligungen) vorerst zu begnügen und ein weiteres Vorgehen auf eine günstigere Zeit zu vertagen.

Die Organisationsleitung wird beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die mit den einzelnen Meistern abgeschlossenen Verträge aufrechtzuerhalten, um so den Beweis der Durchführbarkeit des Ruheitages zu erbringen und den Boden vorzubereiten, auf dem es ermöglicht wird, den Ruheitag allen Schichtbewegungen zu erobern.

Um das zu erreichen, verpflichten alle Antwesenden, ohne Rast und Ruhe für die Organisation zu arbeiten; denn ohne diese würden die Ruheitags-Bäckermeister ihren Gehilfen niemals menschenwürdige Verhältnisse gewährleisten.

Damit ist die allgemeine Bewegung in München für dieses Jahr erledigt. Daß es jedoch Ruhe nicht geben wird, solange die Innung die mit uns im Vertragsverhältnis stehenden Meister auffordert, den Vertrag zu brechen, darüber mögen sich die Schichtbewegungen klar werden! Insbesondere wird und kann Ruhe auch dann nicht eintreten, wenn die Maßregelungsgelüste gewisser Herren zur Ausführung gelangen sollten. Auf jeden Fall wird man uns nun erst recht auf dem Posten finden!

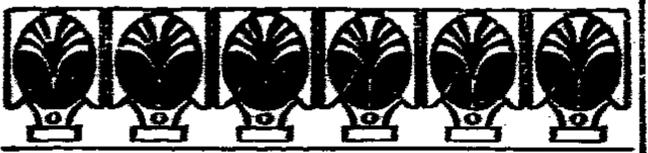
Aus Ludwigshafen.

In einer gut besuchten Versammlung nahmen am 12. Mai die hiesigen Kollegen zu der Antwort der Innung auf die eingereichten Forderungen Stellung. Kollege Amann geißelte scharf das Verhalten der Innungsleitung, die auch heuer nicht von ihrem ultra-reaktionären Standpunkt, unter keinen Umständen mit der Organisationsleitung zu unterhandeln, abgehen will. Er verwies darauf, daß Herr Obermeister Gelber es mit der Ablehnung von Verhandlungen so eilig hatte, daß er es gar nicht für nötig achtete, zuerst seine Innungsmitglieder darüber zu befragen. Stürmische Heiterkeit erregte es, als Amann das Antragsheften der Innung bekanntgab. Heiß es doch in demselben, daß die Meister nicht mit den Organisationen verhandeln könnten, da sie mit ihren Gehilfen in Frieden und Eintracht leben. Diese Eintracht wird ja am besten durch die Tatsache bezeugt, daß die meisten Betriebe in Ludwigshafen in Bezug auf Gehilfenverhältnisse dem reinen Lohnschlag gleichen. Auch im Betriebe des Herrn Obermeisters scheint in dieser Beziehung der Frieden ziemlich brüchig zu sein. Jetzt hat sich die Innung bereit erklärt, eventuell mit dem Gehilfenausschuß über die eingereichten Forderungen zu unterhandeln. Warum dies geschehen soll, ist nur allzu leicht begreiflich. Die Herrschaft der Innungsführer glauben, die Mitglieder des Gehilfenausschusses leicht einzuschüchtern und mit einigen Scheingehändnissen abspenken zu können. Trotz dieses leichtfertigen Planes, empfiehlt Amann, auch dieses Mal zur friedlichen Einigung nicht unbenutzt zu lassen und den Gehilfenausschuß zu beauftragen, Verhandlungen mit der Innung anzubahnen.

Dieser Vorschlag wird in sehr lebhafter Diskussion teils entschieden bejahend, teils bestrittener. Einige wußten sich aber alle Disziplinierungsredner, daß wir uns unter keinen Umständen mit derartigen Aktionen werden abspenken lassen, wie sie die Innung 1911 großmütig gewährt hat. Nachdem noch die Mitglieder des Gehilfenausschusses die Erklärung abgegeben hatten, mit aller Energie für die Durchführung der Forderungen einzutreten, wurde gegen eine Entlassung einer Resolution angenommen, die den Gehilfenausschuß mit Verhandlung beauftragt, von der Innung aber ein vernünftiges, zeitgemäßes Entgegenkommen fordert.

Schubbewegung in Reimscheid.

Am 10. Mai beschloß eine öffentliche Versammlung mit der ablehnenden Antwort der Innung auf unsere Forderungen. Referent Bachmann-Gahn, der in treffender Weise die Haltung der Meister als Ausschluß der Schichtbewegung im Arbeiterverband kritisierte. Jedenfalls beweist der Fall wieder notwendig die Stärkung unserer Organisation am 10. Mai, wenn unsere Forderungen durchgesetzt werden sollen. Die Innung will hier noch nicht einmal den Verband als Vertretung anerkennen; ein Gehilfenausschuß existiert überhaupt nicht! Der Herr-im-Haupt-Standpunkt kommt in der propädeutischen Form der Ablehnung zum Ausdruck. Es sind den Herren aber noch recht empfindlich nachgewiesen werden können, daß die Dinge heute sich doch etwas geändert haben. Der Vorstand der Innung hat auch gleich einen gewaltigen Schreckensdruck abgejencert — 10 1/2 Strafen für den Sauer, der unterzeichnet. Die allgemeine Arbeiterbewegung am Ort ist aber dadurch auf die Situation sehr aufmerksam gemacht worden. Wir haben von unserer Seite noch das Gewerkegericht angerufen, und werden hoffentlich die Meister so vernünftig finden, noch einzulenken. Am wertvollsten ist, daß auch hier die Ohanen der Arbeit gelbe Gewindel, am Plage erdient, um ihren ererbten Rechte nachzugehen. Der Verlauf der Versammlung hat unsern Reiden wieder mehrere Kollegen zugeführt, was auf neue, daß nur die Organisation berufen ist, mit allen Mitteln anzukommen und Neues erstehen zu lassen.



Verbandsnachrichten.

Schließung des Verbandsverbandes.

Als Delegierter für den Bezirk Essen hat die Sitzung des Verbandsverbandes der Kollegen Georg Reiter, seit mehreren Jahren Vorsitzender der Jahrsstelle Essen, be-

Der einzelne Kollege auf dem Posten ist und alle treu...

Tarifabschluss in Solingen. Wir meldeten bereits in...

Tarifvertrag zwischen der Zwangsinnung für das...

Lohn. Sämtliche Löhne gelten als Mindest- und...

Wochenfeiertage, an denen nicht gearbeitet werden darf...

Den Gehilfen über 20 Jahre darf auf keinen Fall Kost...

Den Gehilfen unter 20 Jahren darf nur auf deren aus...

In Betrieben mit mehreren Gehilfen unter 20 Jahren...

In denjenigen Betrieben, in welchen das Kost- und...

Ueberstunden. Ueberstunden sind möglichst zu...

Arbeitszeit. Die Arbeitszeit beträgt in Be...

Sonntagsarbeit. An Sonn- und gesetzlichen...

Ferien. Jedem Arbeiter sind alljährlich in der...

Ferienvergütungen für Ferien sind nicht zulässig. Neu...

Arbeitsverhältnis. Für Arbeitsverhältnis...

Neuerwerbenden Gehilfen kann als Sicherheit dem...

Arbeitsübermittlung. Bei Einstellung von...

Tarifdauer. Der Tarif tritt am 1. Mai 1914...

Tarifausschuss. Für eventuelle aus dem Tarif...

Sonderere. Vorstehender Tarif ist gültig für...

Einrichtungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation...

Beide Parteien verpflichten sich dafür einzutreten...

Der Tarif ist an sichtbarer Stelle im Betrieb auszu...

Solingen, den 20. April 1914.

Zwangsinnung für das Bädergewerbe Solingen:

Fremden, Obermeister, G. Weigert.

Für den Zentralverband der Bäder und Konditoren:

C. Altmann, A. Rindfleisch.

Die Lindener Bädermeister auf dem Kriegsspieler...

Verammlung eingehen können. Für heute sei konstatiert...

Im Tarifabschluss für den Bezirk Wiesbaden, den...

Fabrikbranche.

Erfolgreiche Tarifbewegung in Cassel. Die be...



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme...

Bader.

Elbing. In Elbing, dieser ausgeprägten Bäderort...

Emmendingen. Schon seit einigen Wochen stand die...

Entgegnungen. Am 16. April kam die Sache kaum noch...

Silbesheim. Unsere Stadt steht augenblicklich im...

Seipzig. Die Gesellen haben in Seipzig wieder...

Die Bädermeister auf dem Kriegsspieler...

Das gegenwärtige Organisations

Selbstverwaltung in der Gewerbe- und Handelskammer

Am 10. Mai haben in beiden Städten die Selbstverwaltung...

Polizei und Gerechtigkeit

Ein wegen Verweigerung der Strafe befristeter Lehrling...

Im Februar des zweiten Lehrjahres (1911) wurde der Betrieb...

Als die Lehrzeit beendet war, verlagte aber der mehrjährige...

Als Beitrag zu der Legende vom armen Meister und vom reichen Lehrling...

Wirtschaften mit Wein. Der Nahrungsmittelgeschäft wurde...

Internationales

Der Streik der Bäcker in Bukarest dauert nun schon sechs Wochen...

Schuldenfrage

Sehr. Der Vorsitzende der Firma Sarotti, Herr Sarotti...

Die Kutschmachers

Schreiben

Zur Verhandlung über die Kutschmachers. In allen Kutschmachers...

...dass für bedanken, als Streikbrecher zu arbeiten und auf Kosten der Arbeitgeber wieder in ihre Heimat zu kehren. — Die Streikenden hoffen, den Kampf in Kürze mit Erfolg zu Ende führen zu können. Zugang fernhalten!

Sozialpolitisches

Das sächsische Oberlandesgericht über die Volksfürsorge. Das Schöffengericht Dresden hatte den Eintrag einer öffentlichen Versammlung zur Erörterung über die Schäden der kapitalistischen Volkerversicherungen und ihre Reform durch die Volksfürsorge zu Nr. 10 Strafb. verurteilt.

Das Landgericht Dresden hob als Berufungsinstanz das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei, weil es sich um keine politische Versammlung gehandelt habe. Da die Oberhausanwaltschaft Revision einlegte, hatte das Oberlandesgericht die Sache zu prüfen. Die schriftliche Ausfertigung des am 8. April 1914 gefällten Urteils liegt jetzt vor, und die Entscheidung ist besonders nach der Richtung interessant, wie das Oberlandesgericht die Volksfürsorge beurteilt. In dem Urteilsgründe heißt es darüber:

Das Lebensversicherungsunternehmen der Aktiengesellschaft ist nun zweifellos eine volkswirtschaftliche Angelegenheit. Begrenzt es sich auf seinen eigentlichen Zweck und sucht es diesen auf dem Boden und mit Hilfe der bestehenden Gesetzgebung, hier des Reichsgesetzes vom 21. Mai 1901 über die privaten Versicherungsunternehmungen, zu erreichen, so kann insoweit von einer unmittelbaren Verletzung oder Beeinträchtigung des Staates, als solchen nicht die Rede sein, und zwar, wie das Landgericht mit Recht hervorhebt, sogar dann nicht, wenn die freien Gewerkschaften und Genossenschaften sozialdemokratische Parteioptionen wären und die von ihnen ins Leben gerufene Volksfürsorge vermöge ihrer finanziellen Zugkraft zugleich die Ziele der Sozialdemokratie unterstützen.

Die Gründer der Volksfürsorge und deren Leitung haben nie eine andere Absicht gehabt, als ihre Versicherungsunternehmen allen Leuten ohne Unterschied ihrer politischen oder religiösen Anschauung zur Verfügung zu stellen, die sich bei Versicherung ihres Lebens vor dem Praxistat der privaten Versicherungsunternehmen schützen wollten.

Gewerkschaftliche Rundschau

Aus dem Bericht der Generalkommission für das Jahr 1913. Mit der für die Arbeiter und für die Gewerkschaften wichtigsten Frage der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt sich einleitend der von der Generalkommission der Gewerkschaften erstattete Bericht. Dabei wird darauf verwiesen, dass die Opfer der modernen kapitalistischen Gesellschaftsordnung lediglich auf die Selbsthilfe angewiesen sind. Auf eine reichhaltige Unterstützung ist in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, und erst 14 Gemeinden haben die kommunale Unterstützung, weitaus unzureichender Weise, vorgezogen. Und während die Gewerkschaften in der Krisenzeit nachhafte Summen zur Finanzierung der größten Not an viele Tausende Arbeiterfamilien zahlten, werden sie mit besonderer Schnelligkeit von den Staatsbehörden behandelt. Auch die Staatsoberbehörden haben die Hilfe gegen das sehr unzulängliche Koalitionsrecht unermüdlich weiter. Im Bericht wird hierbei erinnert an die Auslegung des „liberalen“ Streikgesetzes, der politischen Erklärung der Gewerkschaften, an die Resolutionen der Gewerkschaften um verstärkten Schutz für die Arbeitswilligen und um ein Verbot des Streikpostens, und an die im Reichstage und in den Landtagen darüber erfolgten Auseinandersetzungen. Um dieser Hilfe entgegenzutreten und den Kampf für ein freies Koalitionsrecht wirksam zu führen, gab die Generalkommission die umfangreiche, wichtige Tatsachenmaterial, enthaltende Zeitschrift „Das Koalitionsrecht in Deutschland“ heraus.

Die Leistungen der sozialpolitischen Gesetzgebung stehen in Uebereinstimmung mit dieser gewerkschaftsfeindlichen Haltung der Staatsorgane. Der Weisenspruch über die Samstagsruhe im Handelsgewerbe, sowie der über die Einschränkung oder das Verbot der Konkurrenzkaufes werden nicht fertiggestellt. Auch die Arbeitslosenversicherung zeigt jetzt, besonders in der Reichsversicherung, erst nach manchem für die Arbeiter Nachteilige. Die Beteiligung an den Krankenkassenmachern wird für viele Orte als nicht befriedigend bezeichnet; eine kritische Zusammenstellung der Ergebnisse wird noch erfolgen.

In Lohnbewegungen wird das Jahr 1913 als immerhin nicht arm bezeichnet, wurden doch außer den großen Bewegungen im Holzgewerbe, im Baugewerbe und in der Holzindustrie zahlreiche kleinere Kämpfe in anderen Industriezweigen geführt.

Nach Eröffnung der Schaffung der „Volksfürsorge“, die bis Jahresabschluss 74.746 Versicherungsanträge mit einer Versicherungssumme von 184 Millionen Mark beschließen hat, wird der proletarischen Jugendbewegung, die weitere gute Fortschritte machte, ein besonderes Kapitel gewidmet.

Die hohen Anforderungen an die Kasse der Generalkommission wurden durch Inträge zur Errichtung von 100 Arbeitersekretariaten gestellt. Die Generalkommission hat mit Rücksicht auf die durch die Arbeitslosenversicherung geschaffene Notlage die Bildung solcher Sekretariate empfohlen, zu deren Erhaltung die Gewerkschaftskassette durch eine mäßige Beitragsgestaltung beitragen sollen, im besonderen Falle leistet die Generalkommission Zuschüsse.

Die internationalen Verbindungen können weiter auf gepflegt werden, nicht zuletzt dadurch, dass eine Erhöhung des Beitrags für das internationale Sekretariat dieses eine Gewerkschaftskorrespondenz durch Sprachen herangegeben konnte.

Gewerkschaftliche Nutzeinrichtungen wurden weiter ausgebaut mit zusammen 110 Teilnehmer; ein besonderer Arbeitersekretär hatte 26 Teilnehmer. Die sozialpolitische Abteilung identisch mit den Vorschlägen auf sozialpolitischem Gebiete besondere

...Aufmerksamkeit und strebt die Förderung des Arbeiterkampfes an. Die Sammlung umfangreichen Materials über die wichtigsten Vorgänge auf diesem Gebiete und eine Literaturverzeichnis gestalten das im Sekretariat angelegte Archiv besonders nützlich.

Einnahmen und Ausgaben der Kasse der Generalkommission sind nicht unerheblich gestiegen. Die Mehrausgaben entstanden durch erhöhte Ausgaben der Agitationskommissionen und durch größere Zuschüsse an die Gewerkschaftskassette zur Durchführung der Wahlen zu den Krankenkassen und Versicherungsämtern. Nr. 632.622. Einnahmen: Nr. 573.047. Ausgaben: gegenüber.

Die Tagesordnung zum Gewerkschaftenrecht ist noch um zwei Punkte erweitert worden. Es sind noch Referate vorgelesen über die „Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise“ und über die „geistliche Regelung der Tarifverträge“.

Auch sind jetzt die Referenten über die einzelnen Verhandlungsgegenstände ernannt worden. Der Reichsgerichtsbericht der Generalkommission gibt Karl Legien, den über das Arbeiterinnensekretariat: Fräulein Gertrud Hauna, über die sozialpolitische Abteilung berichtet Robert Schmidt, und über das Zentral-Arbeitersekretariat Rudolf Riffel. Referent über die Volksfürsorge ist Gustav Bauer, über die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes August Frenckhannover, über Arbeitswilligen und Unternehmererzornismus Alexander Schilde-Sultgart, über die Bestimmungen des Reichsverbandes deutscher Arbeitsnachweise Adam Neumann-Berlin, über Arbeitslosenunterstützung August Winnig.

Spätestens am 23. Mai ist der 22. Wochenbeitrag für 1914 (21. bis 30. Mai) fällig.

Hamburg, über die geistliche Regelung der Tarifverträge Theodor Leipart-Berlin, über den Einfluss der Lebensmittelerhöhung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse Johannes Zimmer-München.

(15) Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1912. Seit jetzt erscheint der Bericht des englischen Arbeitsamtes über die Gewerkschaftsbewegung des Jahres 1912. Dabei kommen die Ergebnisse dieser Statistik in dem „Zehnten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung“, der vor einiger Zeit veröffentlicht wurde, und der die gleichen Zahlen für fast alle anderen Länder enthält, nicht mehr benutzt werden.

Wie aus dem amtlichen Bericht hervorgeht, waren 1194 Gewerkschaften bekannt, von denen 539 auf Grund des Gewerkschaftsgesetzes eingetragen sind. Dazu gehören fast alle größeren Organisationen. Im Durchschnitt zählt die eingetragenen Gewerkschaften je 3000 Mitglieder; die nichteingetragenen dagegen nur 1100.

Schon seit 1896 geht die Zahl der Gewerkschaften infolge von Verschmelzungen andauernd zurück — im letzten Jahre um 59 —, während die Mitgliederzahl im Steigen begriffen ist. Seit 1896 hat sich die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter fast verdoppelt. 1912 nahm sie um 8,5 pzt. zu. Sie liegt auf 3.281.603, verteilt auf die einzelnen Industriezweige wie folgt:

Table with 3 columns: Gewerkschaften, 1911, 1912. Rows include Baugewerbe, Bergbau, Metallindustrie, Textilindustrie, Bekleidungsindustrie, Eisenbahnen, Straßenbahnen, Seefahrt, Hafen- und Kanalarbeiter, Buchdruckerei, Sonstige Berufe, Ungeleitete Arbeiter. Total: 3016.500 (1911), 3.281.603 (1912).

Den relativ größten Fortschritt berichten die Verbände der Handlungsgeschäfte (85 pzt.); ihnen folgen die Bekleidungsindustrie (34 pzt.), die Baugewerbe (17,5 pzt.) sowie die Gewerkschaften der Metallarbeiter, die um 15,5 pzt. zunahm. Aus Straßenbahnen und einige andere Transportarbeitergruppen existieren einige Mitgliederverluste.

Besonders erfreulich ist die Zunahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen. 1896, als die Statistik zum ersten Male zwischen männlichen und weiblichen Gewerkschaftsmitgliedern unterschied, zählte man erst 119.415 organisierte Arbeiterinnen. Im Berichtsjahre stieg diese Zahl auf 318.448. Davon sind 239.460 oder 75 pzt. in der Textilindustrie 149.158 allein in Baumwollwebereien beschäftigt. Die Handlungsgeschäftverbände hatten 1896 erst 37 weibliche Mitglieder, 1912 dagegen 20.758. Von dieser Zunahme entfallen zwei Drittel allein auf das Berichtsjahr.

Die Finanzgebahrung der 100 bedeutendsten Gewerkschaften, die zusammen 60 pzt. der Gesamtzahl der organisierten Arbeiter umfassen, wird durch folgende Zahlen kurz erläutert. Diese 100 Gewerkschaften zählten 2.000.102 Mitglieder. Ihre Gesamteinnahme betrug rund 68 Millionen Mark (pro Kopf A 32,30), die Ausgabe 76 Millionen Mark (A 38,22) der Vermögensbestand etwas über 100 Millionen Mark (A 50,02). Von den Ausgaben entfallen 36 pzt. (im Vorjahre 12,7 pzt.) auf Streikunterstützung, 15,6 pzt. (18,2 pzt.) auf Arbeitslosenunterstützung, 10 pzt. (16,1 pzt.) auf sonstige Unterstützungen und 18,4 pzt. (23 pzt.) auf Verwaltungsausgaben und andere. Pro Kopf aller Mitglieder wurden im Durchschnitt im Jahre 1912 verausgabt für Arbeitslosenunterstützung A 3,98, Streikunterstützung A 13,75, Kranken- und Unfallunterstützung A 4,39, Minderernte A 4,25, Begräbnisbeihilfen A 1,18, sonstige Unterstützungen A 1,60. Be-

...haltung- und andere Ausgaben A 7,05, zusammen A 38,22. Eine Uebersicht über die letzten 21 Jahre ergibt jedoch, daß insgesamt nur 16 pzt. aller Ausgaben mit Streikunterstützung, dagegen 60 pzt. der Gesamtausgaben für andere Unterstützungen Verwendung fanden.

Allgemeine Rundschau

Der Brand in einer Bäckerei im Dorfe Vellahn (Mecklenburg) kostete drei jungen Menschen das Leben. Ein vorübergehender Knecht bemerkte in der Nacht vom 2. zum 3. Mai den Brand und schlug Alarm, so daß sich die Frau des Meisters-Rüchling (er selber war nicht anwesend) aus den unteren Räumen unterlegte retten konnte. Ihre Tochter, der Geselle und der Knecht konnten sich aus den oberen Räumen gleichfalls noch retten, erlitten jedoch zum Teil schwere Brandwunden. Zwei Lehrlinge aber und ein sechsjähriges Dienstmädchen kamen in den Flammen um; man vermied sie, als an eine Rettung nicht mehr zu denken war. Die beiden Lehrlinge waren Kaiser aus dem Hamburger Kaiserhaus.

Für die Arbeiterinnen

Mutterschutz vor 100 Jahren. Der Gedanke des Mutterschutzes beginnt heute Gemeingut aller zivilisierten Nationen zu werden. Ist es auf der einen Seite die zunehmende Verunsicherung der Frau, die das Bedürfnis nach Maßnahmen, die die werdende Mutter und ihr Kind vor den Schädigungen dieser Berufsart schützen, stärker geltend macht, so ist es auf der anderen Seite der in allen Kulturländern zu beobachtende Geburtenrückgang, der einen solchen Schutz als nationale Notwendigkeit erscheinen läßt. Aber die Not und die Schutzbedürftigkeit der schwangeren Frauen ist nicht erst neueren Datums. Auch schon in früheren Zeiten mußten die Frauen der Bürger, und noch viel mehr die der Bauern, oft bis in die letzte Stunde vor ihrer Niederkunft so harte und ungeliebte Arbeit ausüben, und konnten sich nach der Entbindung so wenig schonen, daß sie schwere körperliche Schädigungen davontrugen und oft zeitweises in Sechstum verfielen. Neben dem Zwang der Verhältnisse war es (und ist es ja heute noch oft genug) die Unwissenheit oder Sequemlichkeit der Männer, die die schwangeren Frauen zu solchen selbstmörderischen Taten nötigte. Und ja denn auch schon in früheren Zeiten Stimmen laut geworden, die vor solchem Raubbau an Leben und Gesundheit der Frauen warnten und geistliche Abhilfsmaßregeln dagegen verlangten.

Das Organ des Deutschen Bundes für Mutterschutz, „Die neue Generation“, bringt über diese Verhältnisse einen sehr interessanten Artikel aus der Feder von Dr. med. Hans Fischer, dem wir folgende Tatsachen entnehmen: Einer der ersten, die einen systematischen Mutterschutz forderten, war der berühmte Leibniz des Königs von Preußen, J. B. Frank. In dem 1779 erschienenen ersten Band seines „Systems einer vollständigen medizinischen Polizei“ schreibt er folgendermaßen: „Der Bürger und Bauernstand bürdet oft seinen schwangeren Weibern lange nach zurückgelegter Heilte, große und beschwerliche Arbeiten auf, und wenn der zu jeder andern Zeit geschäftige Landmann, während der Winterzeit, hinter dem Ofen müßig auf seiner Haut liegt, da nicht man oft sein hochschwangeres Weib in der größten Kälte und nicht selten bei dem gefährlichsten Glutfeuer, das nötige Wasser tragen, das Holz in die Küche schleppen, die Feuer einfeuern, weil diese Stände überhaupt ihre Weiber als ihre ersten Räder betrachten und behandeln. Es wäre also nicht darauf zu denken, daß keine Schwangere in den letzten zwei Monaten ihres Standes zu allzu schweren Arbeiten, besonders zu dem Fruchtansatz, welche eine auf dem Lande auch unter dem Weibsvolk so gewöhnliche und hochschwangere so nachteilige Beschäftigung ist, unter Strafe angehalten werden dürfte.“ Frank hat aber nun sehr wohl so viel Sinn für die sozialen Verhältnisse, daß er dem Ehemann nicht allein die Schuld an dieser Ueberarbeit der Frau zuschreibt. Sehr häufig muß die arme Tagelöhnerin, wenn sie noch dazu das Haus voll kleiner Kinder hat, im Haushalt schwer arbeiten, weil eben der Mann den ganzen Tag auswärts zu schaffen hat. Der Bauer aber muß häufig hinaus, um seinen Grundbesitz bei dem Güntzern zu leisten. Da meint denn Frank:

In den bairischen Landen ist eine Stute in den letzten sechs Wochen ihrer Tragzeit und sechs Wochen nach dem Fohlen frohfreier, oder ihre Eigentümer wird nicht mehr zu frohen wegen solcher angehalten; warum ist es nicht auch der Bauer, wenn sein Weib auf dem Ziel geht? ... Eben dann, wenn er den ganzen Tag für andere arbeiten muß, so liegt jener alle Last allein auf dem Weibe. Sollte nicht also der Ehemann einer jeden Schwangeren, damit er solcher mehr gegenwärtige Beihilfe leisten könne, von den Personalrohnen, wenigstens während der letzten sechs Wochen, gänzlich freier sein? Frank wendet sich hier also mit Recht gegen die Moral einer Gesellschaft, die trübselige Diers, weil sie Wertobjekte darstellen, vernünftig schont, während sie die schwangere Frau rücksichtslos schulten läßt.

Ganz modern mutet sodann der Gedanke an, daß jede Schwangere gesetzlich berechtigt sein sollte, die doppelte Portion eines Bürger zu begehren, welcher weder durch Arbeiten noch mit Verzicht sein Brot verdienen kann und doch beschäftigt ist, das Wohl des Staates nach seinen Kräften zu befördern.

Aber nicht nur für die Schwangeren, auch für die Wöchnerinnen ruft Frank die Hilfe der Gesellschaft an. Er bezieht sich dabei auf eine im Jahre 1770 in Florenz geschaffene Einrichtung, durch die jede arme Gebärende aus den Mitteln des Großherzogs zum mindesten eine Mutterprämie von 6 Lire erhielt. Ferner wurde in jedem Stadtviertel eine Leihkammer befohlen, die verpflichtet war, armen Kreißenden umsonst beizubringen. Frank wünscht solche Einrichtungen auch in Deutschland eingeführt und fordert des weiteren, daß die Polizei ein Auge darauf haben sollte, daß die armen Wöchnerinnen nicht zu schon kurze Zeit nach der Entbindung wieder schweren Arbeiten obliegen.

